



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

der Ausgang der Europawahlen hat die GroKo wegen des schlechten Abschneidens der SPD in eine schwierige Lage gebracht. Aber das Ende der GroKo zu fordern, finde ich in der jetzigen Situation unverantwortlich. Wir sind gemeinsam für vier Jahre angetreten, um diese Legislaturperiode mit entsprechenden Ergebnissen

zu beenden. Auch wenn Ergebnisse nicht immer genügend wahrgenommen werden, haben wir bereits einiges auf den Weg gebracht: das Baukindergeld, die Erweiterung der Mütterrente, das Gute-Kita-Gesetz, die Beitragsparität bei den gesetzlichen Krankenkassen. Wir haben gemeinsam noch viel vor. Dabei sollten uns die inneren Bedingungen der SPD nur mittelbar beschäftigen. Damit muss unser Partner allein zu Recht kommen.

Ich werde mich eines Urteils darüber öffentlich enthalten. Aber die Unwägbarkeiten einer neuen Regierungsbildung oder Neuwahlen müssen wir nicht wirklich verantworten wollen.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst
Ihr

Kinderrechte sind bereits im Grundgesetz verankert

Am Donnerstag (6.6.2019) haben wir im Deutschen Bundestag in erster Beratung über eine Änderung des Grundgesetzes zur Stärkung der Kinderrechte debattiert. In meinen Augen, aber auch gemäß der Stellungnahmen namhafter Juristen, von Familienverbänden und vieler Bundestagskollegen geht dieser Antrag völlig am Ziel vorbei. Denn unser Grundgesetz gilt für alle Menschen in unserem Land gleichermaßen. Wenn man nun für eine bestimmte Personengruppe ein Sonderrecht schaffen würde, könnte das Forderungen nach Sonderrechten für weitere Personengruppen

nach sich ziehen. Ich denke dabei an alte Menschen, Kranke oder Behinderte wie z.B. die Contergan-Geschädigten.



Zudem könnte die Neuformulierung des Artikels 6, der den Schutz von Ehe und Familie beinhaltet, zu einer Beschränkung des Elternrechtes führen.

Denn noch obliegt die Entscheidung, was für das Wohl des Kindes förderlich ist, in erster Linie den Eltern. Erst wenn diese versagen, darf der Staat eingreifen. Durch eine Änderung des Grundgesetzes könnte dieses feine austarierte Verhältnis zwischen Staat, Familie und Kindern durcheinander gebracht werden.

Eine Entscheidung werden wir erst gegen Ende des Jahres fällen, wenn die Ergebnisse der Bund-Länder-Kommission zu diesem Thema vorliegen. Nach dem jetzigen Stand der Dinge werde ich einer solchen Grundgesetzänderung aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

30 Jahre Niederschlagung der friedlichen Proteste am Platz des Himmlischen Friedens

Zum Antrag der Grünen „30 Jahre Niederschlagung der friedlichen Proteste am Platz des Himmlischen Friedens“ habe ich am Donnerstag nach Mitternacht (7.6.2019) eine Rede gehalten, die im Folgenden auszugsweise wiedergegeben ist:

Ich habe mich entschieden, dass ich meine Rede nicht zu Protokoll gebe. Dieser Tagesordnungspunkt zu dieser späten Stunde macht doch deutlich, wie groß unser Interesse ist für Menschen, wenn wir an die Not der Welt denken. Wir im Menschenrechtsausschuss haben ständig damit zu tun und uns überfällt vielleicht mehr als die anderen Kolleginnen und Kollegen die Ohnmacht, die wir dabei empfinden, wenn wir immer wieder, immer wieder neu das Unrecht in der Welt zur Kenntnis nehmen müssen und ohnmächtig nicht wissen, was wir dazu tun können.

Dann ist es die Frage: Müssen wir es wenigstens in unserem Bewusstsein festhalten und müssen wir solche Anlässe nicht nutzen, um es uns präsent zu machen in unserem Denken, und zwar nicht nur aus moralischen Gründen, sondern aus unserem ureigensten Interesse? Denn die Wunde, die damals am Platz des Himmlischen Friedens - überlegen Sie bitte was das für eine Ironie ist, Platz des Himmlischen Friedens und tausende Menschen werden von Panzern überrollt - darf nicht verkrusten. Sie ist infek-

tiös, wenn wir überlegen, was in Europa und anderen Staaten vorgeht, was die Einschränkung von Menschenrechten und von individueller Freiheit angeht. Das ist es ja, was diese Regimes - und was vor allem das von China - mit einer kommunistischen Ideologie und einem ganz anderen Menschenbild, versuchen. Sie kriminalisieren die Freiheitsbestrebung von Menschen.

Die jungen Menschen, die damals auf die Straße gegangen sind, haben mich daran erinnert an die Zeit, als ich auch in einer Bürgerrechtsbewegung in der DDR auf der Straße war. Ich weiß noch, was wir für Angst hatten, dass die Stasi zuschlägt. Dank einer ganz anderen Einbettung in die europäische Staatengemeinschaft und nicht zuletzt dank der Existenz der westdeutschen Schwestern und Brüder, ist es uns gelungen diese Gewalt zu verhindern. Wir sind in einem ganz anderen kulturellen Umkreis aufgewachsen. Was ich erlebt habe als Kind in der Schule, auch im erzwungenen Studium kommunistischer Ideologien, war ja ein ganz anderes Menschenbild.

Wenn unterschiedliche Meinungen ausgetragen werden, macht es das sehr viel schwieriger zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen. Aber wir müssen diesen Prozess führen und wir wollen diesen Prozess führen, weil wir an die Freiheit des Menschen glauben. Wir glauben, dass die Welt durch die Freiheit des

Menschen eine andere werden kann. Und das können wir ihnen auch beweisen, den Chinesen. Ich hab immer große Sorge, dass die Innovationskraft letzten Endes auf der Strecke bleiben wird, wenn man die Menschen wie Ameisen behandelt oder wie Bienen. Jeder, der in der DDR eine abweichende Meinung hatte, wurde kriminalisiert. So geschieht es in China. Man macht Gesetze, um ein Verhalten, das die Freiheit und die Menschenrechte fördern will, zu kriminalisieren. Und dann hat man alle gesetzlichen Voraussetzungen, um diesem Verhalten auch mit allen Machtmitteln des Staates zu begegnen.

Nein. Wir müssen dafür sorgen, dass sich dieser Freiheitsinfekt in der Welt weiter verbreitet. Und wenn wir unsere Gespräche mit der chinesischen Regierung führen, dann dürfen wir nie vergessen auch diese Fragen anzuschneiden. Es ist richtig, dass sich unsere Regierung um das Schicksal einzelner Personen kümmert. Aber sie muss auch einschreiten, wenn unsere hochspezialisierte Nachrichtentechnik in China benutzt wird, um die Menschen noch stärker zu kontrollieren und zu unterdrücken. Denn das ist ein Skandal.

Umfassendes Gesetzespaket im Bereich Asyl und Migration

Am Freitag (7.6.2019) hat der Deutsche Bundestag insgesamt sieben Gesetze, mit denen die Einwanderung von Fachkräften erleichtert und die illegale Migration begrenzt werden soll, verabschiedet. Angestrebt wird eine gezielte und gesteuerte Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt. Erleichtert wird die Einwanderung von Fachkräften. So werden nicht mehr nur Akademiker, sondern auch Ausländer mit einer Berufsausbildung eine Aufenthaltsbewilligung erhalten.

Im Weiteren werden die Befugnisse von Polizei und

Ausländerbehörden so ausgeweitet, dass in Zukunft weniger Abschiebungen scheitern. Im vergangenen Jahr war es rund 8.000 Mal der Fall, dass Ausreisepflichtige am Tag der Rückführung nicht in ihren Quartieren anzutreffen waren. Damit machen wir deutlich, dass wir dem Rechtsstaat Geltung verschaffen wollen.

Teil dieses Gesamtpaketes ist das Asylbewerberleistungsgesetz, das wir am Mittwoch (5.6.2019) im Familienausschuss beraten haben. Dieses ist ein gelungener Spagat, um einerseits Asylbewerbern ein menschenwürdiges Leben zu

ermöglichen und andererseits keine Anreize für eine Armutseinwanderung zu geben. Diesen Spagat muss eine verantwortungsvolle Regierung auch hinbekommen. Zum einen soll der Lebensunterhalt von Asylbewerbern, Geduldeten und Menschen mit Aufenthaltserlaubnis, die eine Ausbildung absolvieren, besser abgesichert werden. Zum anderen werden Leistungen für Flüchtlinge, die in Gemeinschaftsunterkünften leben und wo sie versorgt werden, gekürzt.

Wachsamkeit in der zukünftigen Menschenrechtspolitik

Allgemeiner Tenor der Experten in der Anhörung am 5. Juni 2019 zum 13. Bericht über die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung in der Zeit von Oktober 2016 bis September 2018 war der, dass die Spielräume für Menschenrechtsaktivisten weltweit enger und gefährlicher würden.

Auf meine Frage, ob sich die Bundesregierung auf die systematischen Menschen-

rechtsverletzungen in verschiedenen Ländern der Welt auch in konzertierter Aktion einbringen müsste, erklärte Markus Beeko, Generalsekretär von Amnesty International, dass es angesichts der fortschreitenden Schwächung der internationalen Ordnung dringend nötig sei, regelbasierte, eigene kohärente politische Allianzen auf internationaler Ebene, die Stärkung der internationalen Institutionen und die Durchset-

zungsfähigkeit des bestehenden Rechts voranzubringen.

Ich hoffe, dass wir uns endlich über die chinesische Medienstrategie klar geworden sind und es nicht zulassen, dass deren Menschenbild als Gegenmodell zu unserem Menschenbild, das von der universalen Würde des individuellen Menschen ausgeht, sich in der globalen Welt verfestigt.

Schabbat-Abend in der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt (Oder)

Im Rahmen der CDU-Aktionswoche „Von Schabbat zu Schabbat - gemeinsam gegen Antisemitismus“ besuche ich zusammen mit den CDU-Kreisverbänden Frankfurt (Oder) und Landkreis Oder-Spree (LOS) die jüdische Gemeinde in Frankfurt/Oder (Halbe Stadt 30, 15230). Geplant ist eine historische Führung durch das Gemeinde-

haus. Anschließend feiern wir gemeinsam mit der Gemeinde Schabbat (Kiddusch und Festmahl).

Der Besuch findet am Freitag, den 14. Juni 2019, um 18.00 Uhr statt.

Um eine verbindliche Anmeldung wird bis Mittwoch, den 12.06.19 unter mar-

tin.patzelt.ma04@bundestag.de oder 0335/40124860 gebeten.

Durch unseren Besuch und das gemeinsame Feiern wollen wir öffentlich deutlich machen, dass unsere jüdischen Mitbürger unverzichtbarer Teil unserer Gemeinschaft sind und unsere Wertschätzung erfahren.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Besuch von jungen Künstlern



In diesen Tagen findet das 17. IFLC Deutschland Internationales Sprach- und Kulturfestival statt. Kinder und Jugendliche präsentieren mit Liedern, Tänzen und kulturellen Darbietungen ihre Länder. Ein gutes

Format, wo sich Menschen aus unterschiedlicher Herkunft, Kultur, Religion und Hautfarbe zusammenkommen und den internationalen Dialog fördern. In einem persönlichen Gespräch berichtete ich

aus meinem Alltag als Abgeordneter. Am 12.06. werde die jungen Menschen am auf der Bühne beim Festival in Berlin wieder sehen, wo ich ein Grußwort halten werde.

30 Jahre Friedliche Revolution

Vor 30 Jahren hat in unserem Land eine friedliche Revolution stattgefunden. Die Menschen in der damaligen DDR haben das Joch der Unterdrückung abgeschüttelt, ohne dass dabei Blut geflossen ist. Das ist zweifellos ohne eine denkwürdige Leistung. Aber auf dem Weg zur Herstellung gleichartiger Lebensverhältnisse müssen wir allerdings noch ein gutes Stück zurücklegen. Mit unseren Anträ-

gen und Erklärungen allein werden wir der deutschen Wirklichkeit nicht gerecht.

Die Europawahlen haben deutlich gemacht, dass wir in einem zerteilten Land leben. In den neuen Bundesländern findet die AfD viele Anhänger. Im Westen dagegen haben die Grünen einen beachtlichen Erfolg erzielt. Es wird uns noch große Mühe bereiten, bei der Suche nach dem wirklich Be-

wahrenswerten alle Unterschiede zwischen Ost und West zu beseitigen.

Die Federführung des Antrages lag bei den Abgeordneten der alten Bundesländer, was mich bezüglich der Thematik doch sehr verwundert hat.